



NIEDERSCHRIFT

über die 5. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 17.12.2019,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:35



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Margit Frey

Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Sophia Maroc

bis 20.00 Uhr TOP 18 ö.S.

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Lena Dürphold

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding



SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Prof. Dr. Hannes Kopf ab 17.07 Uhr TOP 1 ö.S.

Florian Maier

Lisa Rocker

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Rudi Klemm

AfD

Christian Gies

Alfred Haas

Norbert Herrmann

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing



Die LINKE

Tobias Schreiner

Bastian Stock

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

Berichterstatte

Ricarda Bodenseh

(Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und
Bürgerbeteiligung)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Claus Eisenstein

(Jugendamt)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Rechtsamt)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Hans Schlösser

(Rechnungsprüfungsamt)

Julia Westermann

(Hauptamt)

Sonstige

Sandra Diehl

(Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und
Bürgerbeteiligung)

Klaus Kißel

(Ortsvorsteher Arzheim)



Dorothea Müller

(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Willi Schmitt

(Vorsitzender Beirat für ältere Menschen)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

Die PARTEI

Maximilian von Moers-Meißner



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnungsordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass die GRÜNE-Stadtratsfraktion nach der Wahl von Herrn Hartmann zum Beigeordneten Frau Lea Heidbreder zur neuen Vorsitzenden gewählt hat. Zweite gleichberechtigte Vorsitzende bleibe Frau Lea Saßnowski.

Der Vorsitzende bat darum, die Tagesordnung um den Punkt „Vergabe von Instandsetzungsarbeiten an städtischen Wirtschaftswegen“ als neuen Tagesordnungspunkt 36 der öffentlichen Sitzung zu ergänzen.

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Der Vorsitzende teilte mit, dass zwei weitere Anträge der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion eingegangen seien. Der Antrag „Aufstellung von Sitzbänken an den Bushaltestellen im Bereich der Stadt Landau“ sei haushaltsrelevant. Daher empfehle er trotz Verfristung die Aufnahme auf die Tagesordnung unter Punkt 12.3 der öffentlichen Sitzung.

Weiter habe die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion einen Ergänzungsantrag zum Aktionsplan der Stadt Landau eingereicht. Da dieser im unmittelbaren Zusammenhang mit der Sitzungsvorlage stehe, empfehle er auch hier die Aufnahme auf die Tagesordnung als Punkt 30.1 der öffentlichen Sitzung.

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Der Vorsitzende wies nochmals darauf hin, dass Anträge fristgerecht bis 1 Woche vor der Sitzung einzureichen seien.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
3. Landauer Weg der Bürgerbeteiligung: Zusammensetzung des Beteiligungsrats
Vorlage: 090/002/2019
 - 3.1. Auslosung der Bürgervertreterinnen und Bürgervertreter
4. Resolution des Stadtrates zum Universitätsstandort Landau
Vorlage: 100/299/2019
5. Bestellung einer Beauftragten/eines Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 100/300/2019
 - 5.1. Wahl einer Beauftragten/eines Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz



6. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und des Beigeordneten für das Jahr 2017
Vorlage: 060/056/2019
7. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und des Beigeordneten für das Jahr 2018
Vorlage: 060/057/2019
8. Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 060/053/2019
9. Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 060/055/2019
10. Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 060/054/2019
11. Jahresabschluss 2018 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb
Vorlage: 820/265/2019
12. Haushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2023, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung
Vorlage: 240/114/2019
- 12.1. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2020
Vorlage: 820/271/2019
- 12.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Unterstützung des Projekts "Wohnen für Hilfe"
Vorlage: 101/507/2019
- 12.3. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Aufstellung von Sitzbänken an den Bushaltestellen im Bereich der Stadt Landau
Vorlage: 101/510/2019
- 12.4. Änderung der Aufbauorganisation und Stellenbedarfe des Umweltamtes
Vorlage: 130/136/2019
- 12.5. Finanzierung der „Leuchtturmprojekte“ im Rahmen des Förderprogramms „Kommune der Zukunft“
Vorlage: 200/315/2019
- 12.6. Ermittlung der maximalen Zuschussbeträge für die Haushaltsjahre 2020-2022 für die Einrichtungen des Teilhaushaltes 15 – freiwilliger Leistungsbereich
Vorlage: 240/113/2019



- 12.7. Aufhebung Schankerlaubnissteuersatzung
Vorlage: 300/012/2019
- 12.8. Hundesteuer, Erhöhung des Steuersatzes und Satzungsänderung
Vorlage: 300/010/2019
- 12.9. Anpassung der wiederkehrenden Beiträge für den Starenschutz zum 01.01.2020
Vorlage: 100/284/2019
- 12.10. Beitragssatzung Feld- und Weinbergswegen und Starenschutz, Erhöhung der Starenschutzbeiträge und Satzungsänderung
Vorlage: 300/011/2019
- 12.11. Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B für das Jahr 2020
Vorlage: 300/009/2019
- 12.12. Haushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Wirtschaftsplan Gebäudemanagement Landau – Einwohnerbeteiligung
Vorlage: 240/115/2019
13. Erhebung und Anpassung Verwarngelder
Vorlage: 320/009/2019
14. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Sachstandsbericht Übernahme Überwachung des fließenden Verkehrs
Vorlage: 101/503/2019
- 14.1. Sachstandsbericht zur Übernahme der Kontrolle des fließenden Verkehrs (Geschwindigkeitsüberwachung)
Vorlage: 320/011/2019
15. Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der FWG-Stadtratsfraktion; Keine Einschränkungen für Solaranlagen in den Gestaltungssatzungen für die Ortsteile
Vorlage: 101/505/2019
16. Antrag der DIE LINKE-Stadtratsfraktion; Einsatz von Bodenschwellen in der Königstraße
Vorlage: 101/506/2019
17. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Flächennutzungsplan 2030; Herausnahme Ost-Ortsumfahrung Arzheim
Vorlage: 101/508/2019
18. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Diskussionsveranstaltung zur Königstraße
Vorlage: 101/509/2019
19. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Hubert Lehmann
Vorlage: 100/291/2019



20. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Udo Vogel
Vorlage: 100/293/2019
21. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Barbara Kleinschmidt
Vorlage: 100/294/2019
22. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Mark Lugenbühl
Vorlage: 100/297/2019
23. Wahl der weiteren Mitglieder des Beirates für Migration und Integration
Vorlage: 100/296/2019
24. Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Landau
Vorlage: 100/298/2019
25. Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: 230/387/2019
26. Stadtwald; Änderung der Revierstruktur
Vorlage: 230/390/2019
27. Stadtwald; Anwendung des BAT-Konzeptes
Vorlage: 230/395/2019
28. Neufassung der Satzung des Vereins Volkshochschule Landau in der Pfalz e.V.
Vorlage: 400/140/2019
29. Neubau eines Kunstrasenfeldes und der Freianlagen am Sportzentrum West
Vorlage: 400/156/2019
30. Aktionsplan Stadt Landau in der Pfalz 2020-2024 nach UN-Behindertenrechtskonvention
Vorlage: 500/048/2019
- 30.1. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Ergänzungsantrag zum Aktionsplan
Vorlage: 101/511/2019
31. Ausweisung des Sanierungsgebiets „Arzheim Ortskern“; Satzungsbeschluss
Vorlage: 610/586/2019
32. Bebauungsplan „C 40, Eichbornstraße / Ecke Hans-Boner-Straße“; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/591/2019
33. Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans „C 40, Eichbornstraße / Ecke Hans-Boner-Straße“ der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 610/593/2019
34. Baulandstrategie und Innenentwicklung;
Ergebnisse der Baulückenabfrage im Stadtgebiet und Anwendung von



Innenentwicklungsinstrumenten
Vorlage: 610/590/2019

35. Vergabe Jahreszeitvertrag Instandhaltungsarbeiten an öffentlichen Verkehrsflächen (Los 1) und Wirtschaftswegen (Los 2)
Vorlage: 680/204/2019
36. Vergabe von Instandsetzungsarbeiten an städtischen Wirtschaftswegen:
1. Verbesserung der Radwege (20/2019 VOB 660) und 2. Schotterarbeiten am Queichtalradweg (21/2019 VOB 660)
Vorlage: 680/205/2019
37. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Jahresabschluss 2018
Vorlage: 810/016/2019
38. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2018
Vorlage: 810/023/2019
39. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Wirtschaftsplan 2020
Vorlage: 810/024/2019
40. Beschluss Jahresabschluss EWL 2018 und Entlastung Vorstand
Vorlage: 860/457/2019
41. Anpassung der Stundenverrechnungssätze im Betriebszweig Bauhof des EWL
Vorlage: 860/458/2019
42. Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des EWL
Vorlage: 860/459/2019
43. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)
Vorlage: 860/460/2019
44. Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2020 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung
Vorlage: 860/461/2019
45. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner hatte die Erwartung an den Stadtvorstand und den Stadtrat, dass diese sich klar dem Rechtsextremismus entgegenstelle.

Ein weiterer Einwohner sprach die gefundenen Mauerreste beim Bauvorhaben an der Kugelgartenstraße an. Er wolle gerne wissen, um was für Mauerreste es sich hierbei handle.

Herr Kamplade erläuterte, dass es sich hierbei nicht um Festungsreste handle, sondern um mittelalterliche Mauerreste.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Der Vorsitzende belehrte das Ratsmitglied Margit Frey über ihre Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin. Frau Frey ist für Herrn Beigeordneten Hartmann in den Stadtrat nachgerückt.

Der Vorsitzende verpflichtete Frau Frey gemäß § 30 der Gemeindeordnung per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Rechte und Pflichten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Landauer Weg der Bürgerbeteiligung: Zusammensetzung des Beteiligungsrats

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung vom 5. Dezember 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl bedauerte, dass die kleineren Fraktionen bei der Besetzung der vier Stadtratsitze nicht eingebunden worden seien. Auch wenn es rechtlich korrekt sei, finde die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dies schade.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man sich entschlossen habe im neuen Beteiligungsrat die normale Ausschussbesetzung anzuwenden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Losverfahren für die Sitze der Bürgerschaft im Beteiligungsrat wie folgt zuzustimmen:

- Sechs Sitze des Beteiligungsrats werden von Bürgerinnen und Bürgern besetzt. Davon gehen jeweils drei Sitze an Frauen und drei an Männer.
- Es gibt einen Lostopf mit den Namen der weiblichen Bewerberinnen und einen Lostopf mit den Namen der männlichen Bewerber.
- Aus jedem Lostopf werden zunächst drei Lose gezogen. Die ausgelosten Personen sind damit Mitglieder des Beteiligungsrats.
- Im Nachgang dazu werden nochmals sechs Frauen und sechs Männer als Vertreterinnen und Vertreter aus den jeweiligen Lostöpfen gezogen.

der Besetzung der zwei Sitze der Verwaltung wie folgt zuzustimmen:

- Den ersten Sitz nimmt die städtische Bürgerbeteiligungsbeauftragte als geborenes Mitglied ein.
- Den zweiten Sitz nimmt die städtische Gleichstellungsbeauftragte ebenfalls als geborenes Mitglied ein.

Der Stadtrat stimmt außerdem der Besetzung der vier Sitze des Stadtrats zu.

Auf Grundlage der eingegangenen Vorschläge werden aus den Stadtratsfraktionen gewählt:

- Kim Neumann (GRÜNE)
Vertreter: Christian Kolain (GRÜNE)
- Lea Heidbreder (GRÜNE)
Vertreterin: Lea Saßnowski (GRÜNE)
- Susanne Burgdörfer (CDU)
Vertreterin: Lena Dürphold (CDU)
- Hans Peter Thiel (SPD)
Vertreter: Hermann Demmerle (SPD)

Die Amtsperiode des Beteiligungsrats wird an die Amtsperiode des Stadtrats der Stadt Landau in der Pfalz geknüpft.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1. (öffentlich)

Auslosung der Bürgervertreterinnen und Bürgervertreter

Der Vorsitzende erläuterte das Verfahren der Auslosung der Vertreterinnen und Vertreter aus der Bürgerschaft im Beteiligungsrat. Es hätten sich insgesamt 31 Personen beworben, 15 Männer und 16 Frauen.

Der Vorsitzende eröffnete das Losverfahren.

Ausgelost und damit **Mitglieder des Beteiligungsrates** wurden:

- Frau Dr. Gisela Kalvoda
- Frau Ann-Kathrin Hammer
- Frau Linda Galm

Vertreterinnen wurden:

- Frau Andrea Band
- Frau Alexandra Fischer
- Frau Cäcilia Fischer
- Frau Regine Deutsch
- Frau Maika Eglinski
- Frau Vera Krupinski

Im zweiten Durchgang wurden die männlichen **Mitglieder des Beteiligungsrates** ausgelost:

- Herr Michael Meyer
- Herr Harald Krapp
- Herr Georg Schmalz

Vertreter wurden:

- Herr Detlef Stephan
- Herr Achim Fuchs
- Herr Diethard Wehn
- Herr Peter Franke
- Herr Timo Bühl
- Herr Hans Schwitzke

Der Vorsitzende gratulierte zur Berufung in den Beteiligungsrat.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Resolution des Stadtrates zum Universitätsstandort Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 6. Dezember 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es sei wichtig, dass der Stadtrat jetzt nochmal Flagge zeige.

Ratsmitglied Trippner erklärte, dass man sich jetzt zum dritten Mal mit der Resolution beschäftige. Jedes Mal habe sie anders ausgesehen. Die jetzt vorliegende Resolution trage eine Landauer Handschrift und das sei gut so. Man werde der Resolution zustimmen.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass der Landauer Standort der Universität jetzt vor einer entscheidenden Weichenstellung stehe. Der Standort Landau müsse wahrgenommen werden in Mainz. Von daher sei es gut, diese Resolution zu haben. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Albrecht war der Meinung, dass die Trennung von Koblenz und die Fusion mit Kaiserslautern große Chancen für den Standort Landau biete. Natürlich spiele das Thema Geld eine entscheidende Rolle. Dabei sei es gut, dass die Mittel des Hochschulpakts verstetigt würden und so Planungssicherheit schaffen. Man danke ganz ausdrücklich den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren der Universität Landau, die sich auf verschiedenen Ebenen in die Fusionsdebatte eingebracht hätten. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Resolution mehrheitlich zu.

Ratsmitglied Freiermuth war es wichtig darzustellen, dass Landau nicht grundsätzlich gegen die Fusion sei. Eine solche Fusion könne auch gewisse Vorteile bieten. Es sei auch nicht klar, ob Koblenz von der Trennung profitiere. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Gies betonte, dass ihm die Resolution auch sehr wichtig sei. Bei der Fusion mit Kaiserslautern müsse die Identität von Landau gewahrt bleiben und dürfe kein Anhängsel werden. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt es für wichtig, dass es eine ausreichende Finanzierung gebe. Dennoch befürchte sie, dass Landau hier unter die Räder komme. Es sei nicht möglich, gleichberechtigt neben Kaiserslautern zu bestehen. Man lehne grundsätzlich eine Zusammenlegung der beiden Universitäten ab. Auch wenn es das Land anders sehe, so müsse man es von Landau aus betrachten. Es habe sich bestätigt, dass es bisher kein guter Prozess gewesen sei. Daher fordere man weiterhin den Ausbau zu einer eigenständigen Landauer Universität. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Resolution ab.

Ratsmitglied Silbernagel war froh, dass hier nun eine gemeinsame Resolution vorliege. Es sei wichtig, dass die Meinung des Rates an die Landesregierung gehe. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Schreiner fand es gut, dass alle Fraktionen einbezogen worden seien. Es sei nämlich wichtig, dass alle Fraktionen der Resolution zustimmen. Man sollte damit ein Zeichen setzen, dass man hinter dem Universitätsstandort Landau stehe. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.



Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Der Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz fordert die Landesregierung auf:

- die zeitlichen und finanziellen Ressourcen aus originären Landesmitteln für den Hochschulstrukturprozess deutlich zu erhöhen, um mindestens die vorhandenen Studierendenzahlen zu halten. Berechnungen hierzu können die betroffenen Standorte selbst am besten anstellen. Hierbei müssen sowohl Mittel für die Entflechtung als auch für den Aufbau bereitgestellt werden. Vor allem in der Entflechtungsphase muss dabei das bereits lange bekannte strukturelle Defizit am Campus Landau behoben werden und es muss sichergestellt sein, dass die zusätzlichen Gelder nicht aus Mitteln geschöpft werden, die für die Aufrechterhaltung des aktuellen Niveaus in Forschung und Lehre benötigt werden. Dies schließt ein, dass mindestens die aktuellen Studierendenzahlen erhalten werden können.
- sicherzustellen, dass der Campus Landau zu jeder Zeit handlungs-, strategie- und sprechfähig ist;
- sicherzustellen, dass die Identität, Stärken und der Name Landaus und der Region ausreichend Platz in der neuen Einrichtung finden. Die derzeitige Fächerstruktur Landaus sollte mindestens auf dem derzeitigen Stand beibehalten werden;
- sicherzustellen, dass die Landauer Universität ein gleichberechtigter Partner sein wird, was eine paritätische Besetzung der Arbeitsgruppen und Aufbaugremien erfordert;
- sicherzustellen, dass durch die Zusammenlegung Synergieeffekte erkennbar sind, wozu eine externe Begleitung gehört;
- sicherzustellen, dass die geplante Eigenständigkeit der Universität Koblenz sich nicht zum Nachteil der Landauer Universität entwickelt.

Nachdem die Einbeziehung der beteiligten Standorte anfangs nur unzureichend umgesetzt wurde, wollen wir würdigen, dass sich die Kommunikation mittlerweile verbessert hat und die Universitäten besser eingebunden sind. Ein ausreichender Beteiligungsprozess ist allerdings nur dann gewährleistet, wenn alle Statusgruppen ausreichend in Entscheidungsprozesse eingebunden sind und auch die betroffenen Regionen informiert und gehört werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Bestellung einer Beauftragten/eines Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 10. Dezember 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl bekräftigte, dass die Stelle aus ihrer Sicht nicht erforderlich sei, da es hierfür mittlerweile einen Dezernenten gebe. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass man sich das Geld für diese Stelle sparen könnte. Auch die FWG-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 29 Ja- und 15 Nein-Stimmen:

1. Der Stadtrat bestellt aus seiner Mitte nach § 9 Absatz 3 Hauptsatzung eine Beauftragte/einen Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz. Für die Bestellung kann jede Fraktion, jedes Ratsmitglied und der Oberbürgermeister als Vorsitzender Vorschläge unterbreiten. Die Wahl erfolgt nach § 40 Gemeindeordnung (GemO).
2. Der/dem Beauftragten werden die in der Begründung genannten Aufgaben übertragen. Sie/Er wird dem Dezernat III – hauptamtlicher Beigeordneter - zugeordnet. Ihm/Ihr steht es offen, beim Oberbürgermeister oder dem zuständigen Dezernenten zu beantragen, dass Angelegenheiten aus dem übertragenen Aufgabenbereich dem Stadtrat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden.
3. Die Bestellung erfolgt ab 1. Januar 2020 für die Dauer der Wahlperiode des am 26. Mai 2019 gewählten Stadtrates.
4. Die/der Beauftragte berichtet regelmäßig dem Stadtrat und ggfls. dem zu bildenden Universitätsausschuss auch schriftlich über die Tätigkeiten.
5. Für die mit dem Amt verbundenen Aufwendungen und die notwendigen baren Auslagen wird eine Aufwandsentschädigung nach § 9 Absatz 3 i. V. m. § 2 Absatz 2 der Hauptsatzung gezahlt. Dies sind 375 € monatlich.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5.1. (öffentlich)

Wahl einer Beauftragten/eines Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte zunächst das Wahlverfahren für die Wahl des/der Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau.

Er teilte mit, dass die GRÜNE-Stadtratsfraktion Frau Hannah Trippner vorgeschlagen habe.

Weitere Vorschläge wurden nicht gemacht.

Der Vorsitzende zeigte den Ratsmitgliedern die leere Wahlurne und verschloss diese.

Der Vorsitzende eröffnete dann den Wahlgang.

Die Ratsmitglieder gingen zur Kennzeichnung der Stimmzettel in die Wahlkabine und warfen die Stimmzettel in die Wahlurne. Der Schriftführer vermerkte vor dem Einwurf der Stimmzettel die Stimmabgabe.

Nachdem alle Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben hatten, schloss der Vorsitzende den Wahlgang.

Der Vorsitzende öffnete die Wahlurne und entnahm die Stimmzettel. Er stellte fest, dass alle anwesenden 43 Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben haben.

Er öffnete die Stimmzettel und verlas laut die jeweilige Stimmabgabe.

Nachdem alle Stimmzettel ausgezählt waren, gab der Vorsitzende das Ergebnis der Wahl bekannt:

Abgegebene Stimmen:	43
Enthaltungen:	3
Ungültige:	0

JA :	26
NEIN :	14

Der Vorsitzende stellte fest, dass **Ratsmitglied Hannah Trippner** somit **zur Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz** gewählt ist.

Der Vorsitzende fragte Ratsmitglied Trippner, ob sie die Wahl annehme.

Frau Trippner erklärte, dass sie die Wahl annehme und bedankte sich für das Vertrauen.

Der Vorsitzende überreichte ihr das Bestellungsschreiben.

Ratsmitglied Trippner bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Die Universität und ihre Belange sei ihr Herzensthema. Es gebe viel zu tun, sie freue sich auf die neue Aufgabe.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und des Beigeordneten für das Jahr 2017

Oberbürgermeister Hirsch, Bürgermeister Dr. Ingenthron und Ratsmitglied Klemm waren als Mitglieder des Stadtvorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Beigeordneter Hartmann.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 25. Oktober 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Bakhtari gab als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses einen kurzen Prüfbericht. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe die sehr großen Differenzen zwischen der Haushaltsplanung und dem Haushaltsergebnis bemängelt. Die Verwaltung sollte hier künftig sorgfältiger schätzen.

Ratsmitglied Dr. Migl stellte fest, dass die Differenz zwischen Planung und Ergebnis so groß sei, wie seit 30 Jahren nicht mehr. Für sie stelle sich die Frage, warum in den Jahren 2017 und 2018 die Differenz so groß sei.

Herr Messemer erklärte, dass es zutreffend sei, dass alle Teilhaushalte deutlich besser als in der Planung abgeschnitten hätten. Es sei richtig, dass man Planung und Ergebnis besser zusammenbringen müsse. Allerdings sei eben auch zutreffend, dass man eine außerordentlich gute Konjunktur und einen hohen Beschäftigungsstand habe.

Der Vorsitzende dankte dem Rechnungsprüfungsamt, dass man die Rückstände bei der Prüfung der Jahresergebnisse nun vollständig aufgeholt habe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2017 sowie
- b. die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und des Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2017.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und des Beigeordneten für das Jahr 2018

Oberbürgermeister Hirsch, Bürgermeister Dr. Ingenthron und Ratsmitglied Klemm waren als Mitglieder des Stadtvorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Beigeordneter Hartmann.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 25. Oktober 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- c. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2018 sowie
- d. die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und des Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2018.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2018

Oberbürgermeister Hirsch, Bürgermeister Dr. Ingenthron und Ratsmitglied Klemm waren als Mitglieder des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Beigeordneter Hartmann.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 4. Dezember 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) **die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung für das Haushaltsjahr 2018 sowie**
- b) **die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2018**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2018

Oberbürgermeister Hirsch und Bürgermeister Dr. Ingenthron waren als Mitglieder des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Beigeordneter Hartmann.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 3. September 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung für das Haushaltsjahr 2018 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2018



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2018

Bürgermeister Dr. Ingenthron und Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck waren als Mitglieder des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 4. Dezember 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung für das Haushaltsjahr 2018 sowie**
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2018**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Jahresabschluss 2018 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 14. Oktober 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Den Jahresabschluss des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2018 mit einer Bilanzsumme von 132.633.369,34 EURO, konsolidiert aus dem Sparten-Jahresabschluss des Gebäudebestandes Landau mit einer Bilanzsumme von 122.345.559,45 EURO und des Wohnhausbesitzes mit einer Bilanzsumme von 10.661.247,53 EURO.
2. Den Jahresgewinn in Höhe von 329.378,76 EURO, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige
 - Gebäudebestand mit einem Jahresgewinn von 120.229,59 EURO
 - Wohnhausbesitz mit einem Jahresgewinn von 209.149,17 EUROzusammensetzt.
3. Den Jahresgewinn in Höhe von 329.378,76 EURO sowie den zum 31.12.2018 ausgewiesenen Gewinnvortrag in Höhe von 7.390.631,29 EURO spartengenau in die Position der „Allgemeinen Rücklage“ umzubuchen.
4. Den in der Anlage beigefügten und aus der Jahresrechnung 2018 abgeleiteten Beteiligungsbericht des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb.
5. Die Entlastung der Werkleitung zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Haushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2023, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 21. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Er hielt zunächst seine Haushaltsrede. Es sei dies heute die „Stunde des Stadtrates“, denn das Haushaltsrecht sei das Königsrecht des Rates. Der Haushaltsentwurf spiegele die neuen Mehrheitsverhältnisse nach der Kommunalwahl wider. Von daher sei es nicht überraschend, dass dieser Haushalt neue Schwerpunkte und Akzentuierungen setze. Zu diesen neuen Akzenten gehöre der Kampf gegen den Klimawandel, die Schaffung von Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen, die Gestaltung einer modernen Mobilitätspolitik, die Stärkung der zentralen Funktion und des Universitätsstandortes, die Förderung unseres Wirtschaftsstandortes sowie die sozialen Aufgabenstellungen. Dies alles unter der Prämisse einer soliden Haushaltspolitik als einer Frage der Generationengerechtigkeit.

Man habe in den letzten Jahren die Liquiditätskredite um 41,5 Millionen Euro reduzieren können. Durch diese sehr gute Haushaltsentwicklung habe man das Eigenkapital wieder in etwa auf den Stand von 2008, dem Jahr der Einführung der kommunalen Doppik, bringen können. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen müsse man dennoch erneut ein planerisches Defizit ausweisen. Auf Veränderungen werde man unterjährig steuern. Um das Defizit zu begrenzen, sehe der Haushalt Steuererhöhungen an unterschiedlichen Stellen vor. Streng genommen müsste er nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung einen Haushalt mit diesem Defizit aussetzen. Angesichts der Entwicklungen in den letzten Jahren, werde er aber den Haushaltsbeschluss nicht aussetzen. Dies auch, weil die strukturelle Schieflage nicht von der Stadt Landau verschuldet sei.

So sehe die Planung ein neues Defizit im Haushalt von 11,9 Millionen Euro vor. Die Gesamtaufwendungen würden bei 159,3 Millionen Euro liegen, die Gesamterträge bei 147,4 Millionen Euro. An Investitionen habe man 45,6 Millionen Euro vorgesehen, dies finanziere man mit einem Kreditbedarf von 16,5 Millionen Euro. Trotz aller Probleme werde man enorme Investitionsleistungen in die Infrastruktur haben. Der Schwerpunkt liege bei den Schulen, der Sportinfrastruktur, im Wohnungsbau, beim Digitalpakt, den Baugebieten, der Baulandstrategie, der Umsetzung des Mobilitätskonzeptes sowie der Siedlungserweiterung im Südwesten. Dieser Haushalt zeige, dass man liefere als Verwaltung, als Stadtvorstand und als Stadtrat.

Der Haushalt sehe eine Anhebung der Grundsteuer vor. Dies sei im Grunde der Nachvollzug des Inflationsausgleichs der letzten Jahre. Allerdings sei auch klar, dass Steuererhöhungen alleine nicht die Lösung seien. Es bedürfe eines Gesamtkonzeptes zur Entschuldung der Kommunen. Die Abschaffung der Schankerlaubnissteuer sei kein Geschenk, sondern vielmehr aktive Wirtschaftsförderung. Die Ausgaben für die freiwilligen Leistungen würden auf 11,1 Millionen Euro steigen, was eine beachtliche Summe sei. Dank eines genialen Finanzierungskonzeptes der Finanzverwaltung könne man auch die Leuchtturmprojekte beim Projekt „Kommune der Zukunft“ umsetzen. Man werde auch in diesem Jahr Herausforderungen haben, so das man wieder steuern und reagieren müsse. Dies wolle und könne man tun. Vor diesem Hintergrund bitte er um Zustimmung zu diesem Haushalt.



Ratsmitglied Saßnowski erklärte, dass 2019 das Jahr der Veränderung gewesen sei. Es habe Klimastreiks und Aktionen gegen Hass im Netz gegeben, ebenso Debatten über bezahlbaren Wohnraum für alle und über das Ungleichgewicht von Arm und Reich. Es sei ein Jahr des Bewusstwerdens und Erkennens gewesen, aber auch ein Jahr des Handelns. Auch in Landau habe sich vieles verändert. Als Stadt sei man dabei auch erste Schritte gegangen. So habe man den Klimanotstand erklärt und damit deutlich gemacht, dass Klimaschutz oberste Priorität habe. Mit diesem Haushalt gehe man die Herausforderungen an. Allein 10 Millionen Euro investiere man in den Bau von sozialem Wohnraum, in die Modernisierung der Schulen und für das neue Sportgelände West. Bei alledem sei Klimaneutralität der Ansporn. Man mache sich auf den Weg, Wohnen und Leben in Landau zukunftsfähig zu gestalten. Im Bereich Mobilität habe man als Kommune die größte Möglichkeit zur CO²-Einsparung. Erste Schritte gehe man hier mit dem kostenfreien Shuttle-Bus für die Innenstadt und den Umbau der Königstraße und der Martin-Luther-Straße. Den Autoverkehr wolle man schneller und fließender durch die Innenstadt lenken. Bei allen Projekten wolle man im Dialog bleiben mit den Landauerinnen und Landauern. Größter Kostenbereich bleibe der soziale Bereich. Es sei gut, dass man trotzdem hier keine rigorosen Sparmaßnahmen mache. Mit diesem Haushalt zeige man, dass man die Zeichen der Zeit erkannt habe. Schritt für Schritt nehme man Fahrt auf für die nächsten Jahre. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Lerch erinnerte daran, dass das Land den Kommunen mit Mitteln die Kommunale Selbstverwaltung sichern müsse. Dieser Haushalt zeige einmal mehr, dass dies nicht so sei. Erfreulich sei zunächst, dass man insgesamt 45 Millionen Euro investieren werde in wichtige Projekte der städtischen Infrastruktur. Man habe auch neue Perspektiven im Bereich Mobilität mit dem Landau-Takt und dem Ausbau von Radwegen. Es gebe prosperierende Gewerbesteuererinnahmen und eine weitere deutliche Reduzierung des Schuldenstandes. Dies sei Grund, dem Stadtvorstand und den Fraktionen für eine konstruktive Arbeit zu danken. Der Haushalt habe aber auch andere Wahrheiten. So habe man erneut ein Defizit, diesmal in Höhe von fast 12 Millionen Euro. Ein Grund dafür sei, dass einem immer wieder zusätzliche Aufgaben zugewiesen würden. Dadurch habe man alleine in den letzten 3 Jahren 60 zusätzliche Stellen einrichten müssen. Die Stadt habe gut gewirtschaftet und habe trotzdem einen unausgeglichene Haushalt. Dies habe Auswirkungen vor allem im freiwilligen Bereich, auf dem ein eiserner Deckel sei. Das Land halte es für unabdingbar, alle Einnahmequellen auszuschöpfen. Man werde also vom Land gezwungen, die Steuern zu erhöhen. Das Land habe seinen Haushalt auf dem Rücken der Kommunen ausgeglichen. Hier werde eine kommunale Selbstverwaltung zu Grabe getragen. Man sollte eine klare Botschaft nach Mainz senden und klar Position beziehen. Landau stehe vor großen Herausforderungen, die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Maier war der Auffassung, dass man an diesem Haushalt erkenne, wie die neue Koalition arbeite. Mit der Erhöhung der Grundsteuer B katapultiere man Landau in die Spitzengruppe der kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz. Die Grundsteuer sei eine unsoziale Steuer, weil sie die Bürger unmittelbar unabhängig vom Einkommen treffe. Die Grünen wollen die für den Haushalt eher unbedeutende Schankerlaubnissteuer abschaffen, dafür werde die Hundesteuer erheblich erhöht. Zumindest im Bereich Steuern sei dieser Haushalt CDU in Reinform. Mit dem Haushalt würden falsche Prioritäten beim Klimaschutz gesetzt. Das Hauptproblem sei doch der Pendlerverkehr, dies sei das deutlich größere Problem. Von daher hätte man die 200.000 Euro für den Shuttle-Bus besser für eine Schnellbuslinie aufgehoben. Die Aufsichtsbehörde werde ja nachfragen, wie diese 200.000 Euro jährlich kompensiert werden. Hier müssten die



Bürger schon wissen, dass durch die Grundsteuererhöhung alle Landauer dafür zur Kasse gebeten werden. Man wolle die Unterfinanzierung der Kommunen im Land nicht klein reden. Aber es sei auch Teil der Wahrheit, dass in den letzten Jahren viele Landesmittel nach Landau geflossen seien. Dies sei der konservativste Haushalt, der in den letzten Jahren eingebracht worden sei. Die SPD-Stadtratsfraktion werde diesen Haushalt ablehnen.

Ratsmitglied Freiermuth stellte zunächst die Informationsveranstaltung der Verwaltung für die kleineren Fraktionen in Frage. Dies sei gut gemeint, man könne dies aber mangels Interesse streichen. Man sehe, dass es grundsätzliche strukturelle Defizite gebe. Die Vorgabe des Landes, dass die Kommunen Steuern erhöhten müssten, halte er für falsch. Dabei gehe die Hälfte der Mehreinnahmen aus der Grundsteuererhöhung in den Shuttle-Bus. Der Shuttle-Bus sei ein Versuch, dem man nicht abgeneigt sei. Allerdings habe man größte Zweifel. Er bitte daher, dies zu gegebener Zeit zu überprüfen und evtl. zu reagieren. Nicht abgeneigt wäre man der Einführung einer Grundsteuer C, falls diese gesetzlich kommen sollte. Man wisse, dass die Hundesteuer ein heikles Thema sei. Er denke aber, dass eine Erhöhung von 2 Euro im Monat vertretbar sei. Der Abschaffung der Schankerlaubnissteuer werde man zustimmen. Einiges bewegt werde in den Ortsteilen, dies sei auch überfällig. Positiv seien dabei die Leuchtturmprojekte hervorzuheben. Man begrüße ausdrücklich auch den Digitalpakt Schule. Es gehe dabei darum, den Schülerinnen und Schülern Medienkompetenz zu vermitteln. Anerkennenswert sei das ernsthafte Bemühen der Verwaltung in allen Bereichen. Landau sei auf einem guten Weg. Die FWG-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Ratsmitglied Herrmann erklärte, dass man in einer Zeit großer Herausforderungen lebe. Unsere Gesellschaft verändere sich in einer großen Geschwindigkeit. Von der Stadt sollen 46 Millionen Euro für Investitionen in die Hand genommen werden. Die Wahrheit dieses Haushaltes seien weitere Schulden. Auf Schuldenbergen aber könnten unsere Kinder und Enkel nicht spielen. Die Ziele des Haushaltes seien mit heißer Nadel gestrickt. Ohne die gute Konjunkturlage wäre dies nicht möglich. In diesem Haushalt würden einige Zeitbomben ticken, die uns in ein Schuldenloch ziehen könnten. Beim Thema Digitalisierung in der Verwaltung habe man noch viel Luft nach oben. Eine moderne Verwaltung sehe anders aus, hier bestehe dringend Handlungsbedarf. Kaum ein Thema polarisiere so stark wie der Klimawandel. Die AfD-Stadtratsfraktion sei von Anfang an bereit gewesen, das Thema Klimanotstand mitzutragen. Dies müsse aber frei von jeglicher Ideologie sein. Man dürfe dadurch aber nicht den Wohlstand und das Wachstum gefährden.

Landau sei eine sehr attraktive Stadt geworden, in der immer mehr Menschen leben wollen. Dabei werde Wohnraum immer knapper und die Mieten würden ins Nirwana steigen. Man müsse Investoren finden, die ohne große Auflagen und Bürokratie Wohnraum schaffen. In den Ortsteilen müsse man Bauplätze schaffen für junge Familien.

Die Stärkung des Radverkehrs begrüße die AfD-Stadtratsfraktion ausdrücklich. Nach dem Mobilitätskonzept sollen in der Königstraße 50 bis 60 Parkplätze wegfallen. Dies sei eine bewusste Schädigung des Einzelhandels. Die Einzelhändler dort hätten das Gefühl, das hier über ihre berufliche Existenz gerichtet werde. Das Schlimme daran sei, dass diese Politik auch noch von den Einzelhändlern finanziert werde. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Dr. Migl lobte zunächst, dass es gerade im Bereich Mobilität neue Ansätze und Konzepte gebe. Man begrüße alles was den Radverkehr verbessere. Es sei gut, dass man Alternativen zum motorisierten Autoverkehr schaffe. Der Fetisch Auto werde von



den Autofahrern gerne als Ich-Prothese benutzt. Nicht einverstanden sei man, dass das Baugebiet Landau XXL weitergeführt werde, wenn auch in abgespeckter Form. In der Stadt gebe es viele Baulücken, so dass man nicht Weinberge für Wohnungsbau opfern müsse. Sie begrüße es, dass das Gebäudemanagement in die Errichtung von Wohnungen einsteige. Dafür sei es aus ihrer Sicht nicht erforderlich, das GML in eine städtische Wohnungsbaugesellschaft umzuwandeln. Man sollte vielmehr den gut funktionierenden Eigenbetrieb weiter entwickeln. Der Pfeffer und Salz-Fraktion gehe es um die Akzeptanz des ÖPNV, daher brauche man Sitzbänke an den Bushaltestellen. Nicht anfreunden könne man sich mit der Hundesteuererhöhung, diese werde man ablehnen. Das Halten eines Hundes habe für viele Menschen eine soziale Funktion. Schweren Herzens einverstanden sei man mit der Grundsteuererhöhung, um die Einnahmen zu erhöhen. Den Shuttlebus sollte man probieren und jetzt mal umsetzen. Wichtig sei, dass auch weiterhin in die Schulen investiert werde. Sie danke der Verwaltung und dem Ältestenrat für die guten Vorberatungen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne den Haushalt ab.

Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass sich der vorliegende Haushaltsentwurf sehen lassen könne. Trotz vielfältiger, auch neuer Aufgaben, stehe ein genehmigungsfähiger Haushalt in Aussicht. Bedingt durch die sehr gute Gesamtlage habe man deutliche Einnahmesteigerungen erzielt. Trotzdem müsse man aufpassen, dass die Ausgaben nicht davonlaufen. Es gebe nämlich am Horizont bereits erste dunkle Wolken. Ausdrücklich begrüße man den Wegfall der Schankerlaubnissteuer. Mit der Abschaffung dieser Bagatelsteuer komme man der Landauer Gastronomie und den Winzern entgegen, dies sei ein Impuls für die Innenstadtbelebung. Ein weiterer Impuls für die Innenstadt sei der City-Shuttle. Damit setze man neue Maßstäbe, dies sei einzigartig in Rheinland-Pfalz. Dies sei ein erster innovativer Schritt zur CO²-Senkung in der Innenstadt.

Ein weiterer wichtiger Punkt seien die Leuchtturmprojekte im Rahmen des Förderprogramms „Kommune der Zukunft“. Entwicklung sei in den Stadtdörfern genauso wichtig wie in der Kernstadt. Es müsse lohnenswert bleiben in den Stadtdörfern zu leben. Wichtig seien ihm auch die freiwilligen Leistungen, die Aushängeschilder für die Stadt seien. Alleine 63 Millionen Euro gebe man für die soziale Sicherung aus, eine Höhe die zu denken gebe. Da man alle diese Ausgaben auch finanzieren müsse, stimme man den geplanten Steuer- und Gebührenerhöhungen zu. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Schreiner unterstrich, dass aus seiner Sicht dieser Haushalt weder der große Wurf noch das große Sparprogramm sei. Es sei ein solider und in vielen Teilen nachvollziehbarer Entwurf. Endlich gebe es mehr Geld für Mobilität, um den Rad- und Fußverkehr zu stärken. Mobilität müsse endlich zur Pflichtaufgabe einer Kommune werden. Das Forschungsprojekt hinsichtlich der Saatkrähen betrachte man als unnötig. Kritisch sehe man die Erhöhung der Grundsteuer, die man ablehne. Insgesamt lehne die LINKE-Stadtratsfraktion den Haushalt ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja- und 11 Nein-Stimmen:

I.

a) über den städtischen Haushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1. im Ergebnishaushalt
Gesamtbetrag der Erträge auf

147.422.324 Euro



Gesamtbetrag der Aufwendungen auf Jahresfehlbetrag auf	159.348.414 Euro -11.926.090 Euro
2. im Finanzhaushalt	
ordentlichen Einzahlungen auf	140.829.354 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	147.848.184 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	-7.018.830 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	17.418.731 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	35.673.749 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen Investitionstätigkeit auf	-18.255.018 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	26.523.848 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	1.250.000 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	25.273.848 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	184.771.933 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	184.771.993 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro
3. über das Investitionsprogramm	
welches nach Vorlage der Verwaltung folgende Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ausweist:	
2020	35.673.749 Euro
2021	32.159.058 Euro
2022	22.703.169 Euro
2023	19.163.169 Euro
b) über den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagement Landau	
Erfolgsplan	
Erträge	15.682.500 Euro
Aufwendungen	19.110.900 Euro
Differenz	-3.428.400 Euro
Vermögensplan	
Einnahmen	16.140.400 Euro
Ausgaben	16140.400 Euro
Verpflichtungsermächtigungen	
davon für das Jahr 2021	7.633.000 Euro
für das Jahr 2022	3.992.500 Euro
für das Jahr 2023	3.055.500 Euro
	585.000 Euro
Gesamtbetrag der Kredite	6.097.000 Euro



Gesamtbetrag der Liquiditätskredite 3.000.000 Euro

c) Bürgerstiftung

1. im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der Erträge auf	189.642 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	187.422 Euro
Jahresüberschuss auf	2.220 Euro
2. im Finanzhaushalt	
ordentlichen Einzahlungen auf	186.600 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	135.150 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	51.450 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	50.000 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	50.000 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	236.600 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	135.150 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	101.450 Euro

d) Landauer Kunststiftung

1. im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der Erträge auf	21.860 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	21.860 Euro
Jahresfehlbetrag auf	0 Euro
2. im Finanzhaushalt	
ordentlichen Einzahlungen auf	21.860 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	21.860 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro



Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	21.860 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	21.860 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

e) Strieffler Stiftung

1. im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der Erträge auf	34.640 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	34.640 Euro
Jahresfehlbetrag auf	0 Euro
2. im Finanzhaushalt	
ordentlichen Einzahlungen auf	34.640 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	34.640 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	34.640 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	34.640 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

f) über den Stellenplan.

II. Hinsichtlich der veranschlagten Investitionen im Haushalt der Stadt Landau in der Pfalz und den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau beschließt der Stadtrat folgendes Verfahren zur Optimierung der Finanzsteuerung:

1. Der Beginn von förderfähigen Maßnahmen ab einer Gesamtinvestitionssumme von 20.000 Euro, ausgenommen hiervon sind Planungsleistungen, ist grundsätzlich dem Stadtvorstand vorher anzuzeigen. Als Maßnahmenbeginn gilt die Einleitung des Verfahrens.
2. Weichen die Höhe der im Haushalt oder den Wirtschaftsplänen veranschlagten Drittfinanzierungsmittel (Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge) oder die Kassenwirksamkeit von den Planansätzen krediterhöhend ab, ist vor Maßnahmenbeginn und Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen durch die jeweils verantwortlichen Bereiche das Einvernehmen mit dem Stadtvorstand



herzustellen und darzulegen, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden kann.

3. Im Kernhaushalt bleiben alle Haushaltsansätze für Investitionen wie bisher gesperrt. Mittelfreigabeanträge sind vor der Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen an die Kämmereiabteilung zu richten; ab einer Höhe von 20.000 Euro entscheidet der Stadtvorstand über die Mittelbereitstellung. Ziffer 2 gilt entsprechend.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.1. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 20. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf für den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2020 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz mit folgenden Zahlen:

Erfolgsplan:	
Erträge	15.682.500,00 EURO
Aufwendungen	19.110.900,00 EURO
Differenz:	- 3.428.400,00 EURO

Vermögensplan:	
Einnahmen	16.140.400,00 EURO
Ausgaben	16.140.400,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2020 wird festgesetzt auf 6.097.000,00 EURO.
Hiervon sind für den Wohnungsneubau vorgesehen 2.514.000,00 EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf
3.000.000,00 EURO.

b) Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2021 bis 2023 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf:

Wirtschaftsjahr 2021: 3.992.500,00 EURO
Wirtschaftsjahr 2022: 3.055.500,00 EURO
Wirtschaftsjahr 2023: 585.000,00 EURO

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen voraussichtlich Investitionskredite in Höhe von:

2021: 2.211.500,00 EURO
2022: 1.342.000,00 EURO

aufgenommen werden.

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung der Stadt Landau in der Pfalz.

c) Weiterhin beschließt der Stadtrat die Gesamtstellenübersicht für das Gebäudemanagement Landau.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.2. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Unterstützung des Projekts "Wohnen für Hilfe"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 6. Dezember 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ habe eine sozialpolitische Bedeutung. Damit könne es gelingen, Wohnraum für Studierende zu schaffen und gleichzeitig Senioren zu ermöglichen, länger in den eigenen vier Wänden leben zu können. Es handle sich dabei um ein standardisiertes Verfahren. Die immer weiter steigende Saatkrähenpopulation in Landau stelle ein Problem dar, dies könne aber nicht mit 8.000 Euro für ein Forschungsprojekt gelöst werden. Daher sei es sinnvoll, diese Mittel in eine Unterstützung für das Projekt „Wohnen für Hilfe“ umzuschichten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es nach der Vorstellung des Projektes im Sozialausschuss dort noch Gesprächsbedarf gebe. Daher empfehle er, jetzt noch keine Mittel einzustellen bis klar sei wie das Projekt ablaufe und wie viele Mittel hierfür benötigt würden.

Beigeordneter Hartmann ergänzte, dass es das Angebot der Universität gebe, sich dem Thema Saatkrähenpopulation anzunehmen. In Relation zu den 1,5 Millionen Euro, die für die Saatkrähenvergrämung schon einmal im Raum standen, seien 8.000 Euro ein überschaubarer Betrag.

Der Stadtrat lehnte mit 19 Ja- und 24 Nein-Stimmen

den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, die für ein Saatkrähen-Forschungsprojekt eingeplanten Finanzmittel von 8.000 Euro dem Seniorenbeirat für das Projekt „Wohnen für Hilfe“ zur Verfügung zu stellen, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.3. (öffentlich)

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Aufstellung von Sitzbänken an den Bushaltestellen im Bereich der Stadt Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 16. Dezember 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Mehrzahl unserer Bushaltestellen sei mit Sitzbänken ausgestattet. Dort wo keine seien, sei dies oft aus Platzgründen nicht möglich. Ansonsten werde bei Bedarf jederzeit nachgerüstet.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass der Antrag damit erledigt sei.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.4. (öffentlich)

Änderung der Aufbauorganisation und Stellenbedarfe des Umweltamtes

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Organisationsabteilung vom 2. Dezember 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja-, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Der Stadtrat nimmt die Änderung der Aufbauorganisation des Umweltamtes zur Kenntnis und stimmt der Schaffung von insgesamt 1,50 Stellen im Stellenplan 2020 zu.

Die Änderungen werden in den Haushalt 2020 eingearbeitet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.5. (öffentlich)

Finanzierung der „Leuchtturmprojekte“ im Rahmen des Förderprogramms „Kommune der Zukunft“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 27. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

zur Finanzierung der „Leuchtturmprojekte“ die anteilige Verwendung der Mittel aus

- 1. dem Budget II der Ortsteile sowie**
- 2. der kalkulierten hälftigen Wertsteigerungsabgabe.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.6. (öffentlich)

Ermittlung der maximalen Zuschussbeträge für die Haushaltsjahre 2020-2022 für die Einrichtungen des Teilhaushaltes 15 – freiwilliger Leistungsbereich

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 28. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- A. die nachfolgend aufgeführten und in der Begründung näher erläuterten Kostendeckungsbeiträge bzw. maximalen Zuschussbeträge der Leistungen des Teilhaushaltes 15 für die Jahre 2020 bis 2022:

BG*	Leistung	Max. Zuschuss-/ Kostendeckungs- beitrag 2020	Max. Zuschuss-/ Kostendeckungs- beitrag 2021	Max. Zuschuss-/ Kostendeckungs- beitrag 2022
1	Musikpflege (2620)	2.600	2.600	2.650
1	Goetheparkplaudereien (26102)	7.300	7.400	7.500
1	Kommunale Einrichtungen (5731)	29.400	29.900	30.300
1	Ausstellungen (25211)	55.800	55.800	55.800
1	Theater und Konzerte (26101)	178.700	181.400	184.100
1	Stadtbibliothek (2720)	27.000	27.400	27.800
2	Zoo (2530)	55 %	55 %	55 %
3	Volkshochschule (2712)	110.335	111.990	113.670
4	Zuschuss Kommunale Stiftungen	54.951	55.775	56.612
5	Kommunale Tourismusförderung (5752)	Grundsätzliche Anpassung der Berechnungsgrundlage erforderlich		
SiVo 200/294/2018	Zuschuss Freibad (4240)	321.000,00	321.000,00	321.000,00

*Berechnungsgrundlage

- B. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, ab dem Haushaltsjahr 2020 bis spätestens zum 01.09. des Folgejahres darüber zu berichten, ob die vorgenannten maximalen Zuschuss-/Kostendeckungsbeträge eingehalten wurden und/oder gegebenenfalls Maßnahmen zur Einhaltung vorgeschlagen werden bzw. worden sind. Bei eklatanten, unvorhersehbaren Abweichungen behält sich die Kämmereiabteilung/Controlling vor, die Zuschuss-/Kostendeckungsbeträge anzupassen.



- C. Spätestens im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2022 sind die maximalen Zuschuss-/Kostendeckungsbeiträge der jeweiligen Leistung des Teilhaushaltes 15 anhand der fortgeschrittenen Entwicklung erneut zu evaluieren.

- D. Der Antrag zur Übertragung eingesparter Mittel in das Folgejahr ist durch das Fachamt bis spätestens 15.01. des Folgejahres bei der Kämmereiabteilung/Controlling mit Begründung zu stellen. Ausgenommen hiervon ist die Leistung Kommunale Einrichtungen (5731), da es sich hier um jährliche laufende Aufwendungen für Gebäude handelt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.7. (öffentlich)

Aufhebung Schankerlaubnissteuersatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 19. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 9 Nein-Stimmen:

den als Anlage der Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung über die Aufhebung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung einer Schankerlaubnissteuer“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.8. (öffentlich)

Hundesteuer, Erhöhung des Steuersatzes und Satzungsänderung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 19. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 27 Ja-, 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

den als Anlage der Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Hundesteuer (Hundesteuersatzung)“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.9. (öffentlich)

Anpassung der wiederkehrenden Beiträge für den Starenschutz zum 01.01.2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 13. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die wiederkehrenden Beiträge für den Starenschutz werden zum 01.01.2020 auf 7,25 Euro pro Hektar Weinbergsfläche angepasst.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.10. (öffentlich)

Beitragssatzung Feld- und Weinbergswege und Starenschutz, Erhöhung der Starenschutzbeiträge und Satzungsänderung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 19. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage der Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Beiträgen für die Feld- und Weinbergswege und den Starenschutz“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.11. (öffentlich)

Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B für das Jahr 2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 19. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 30 Ja- und 14 Nein-Stimmen:

den als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B für das Jahr 2020“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.12. (öffentlich)

Haushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Wirtschaftsplan
Gebäudemanagement Landau – Einwohnerbeteiligung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom
10. Dezember 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dem Beschluss- und Verfahrensvorschlag der Verwaltung zu folgen, nachdem dem
Vorschlag des Einwohners nicht gefolgt werden kann.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Erhebung und Anpassung Verwarngelder

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 11. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch erinnerte an den Antrag der Fraktionen vom April 2019, mit der Bitte an die Verwaltung eine Anpassung der Verwarngelder zu prüfen. Die Stadt habe sich bei der Prüfung viel Mühe gemacht. Man begrüße die vorgesehene Bußgelderhöhung und auch den Appell an das Land, den Kommunen in Fragen der Bußgeldgestaltung freie Hand zu lassen. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass auch die FWG-Stadtratsfraktion hinter der Vorlage stehe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 7 Enthaltungen:

1. das Land Rheinland-Pfalz aufzufordern, den Bußgeldkatalog zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Umweltschutzes (Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt und Forsten vom 22. Dezember 2000) an die mittlerweile in anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen beschlossenen Sätze anzugleichen.
2. im Interesse von mehr Sauberkeit in der Stadt eine einheitliche Anhebung und Festsetzung von Verwarnungsgeldern gemäß der Anlage.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Sachstandsbericht Übernahme Überwachung des fließenden Verkehrs

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 12. November 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Das Problem der Geschwindigkeitsübertretungen werde man nur über mehr Kontrollen in den Griff bekommen. Es sei an der Zeit, dass man dies als Kommune übernehme.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass die Verantwortung für die Kontrollen bei der Polizei liegen. Der Innenminister betone doch, dass er die durchgeführten Kontrollen für ausreichend halte. Die Polizei könne aber wegen zu wenig Personal ihrer Verantwortung nicht nachkommen. Wenn es die Stadt übernehmen solle, müsse man genau wissen, was das kostet und was das bedeutet. Der Königsweg in dieser Frage könnte die Kooperation mit anderen Kommunen sein.

Ratsmitglied Heidbreder erklärte, dass die Übernahme der Überwachung des fließenden Verkehrs eine ungemein wichtige Aufgabe sei. Sie halte die angestrebte interkommunale Zusammenarbeit für einen guten Weg.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14.1. (öffentlich)

**Sachstandsbericht zur Übernahme der Kontrolle des fließenden Verkehrs
(Geschwindigkeitsüberwachung)**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Ordnungsamtes vom 22. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 14 verwiesen.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der FWG-Stadtratsfraktion; Keine Einschränkungen für Solaranlagen in den Gestaltungssatzungen für die Ortsteile

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der FWG-Stadtratsfraktion vom 19. November 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Prof. Dr. Kopf begründete den Antrag. Mit dem Antrag wolle man Einschränkungen hinsichtlich der Solarenergie in den Gestaltungssatzungen verhindern. Man halte die ästhetischen Einschränkungen durch Solaranlagen für verkraftbar.

Ratsmitglied Freiermuth hielt es ergänzend für sinnvoll, die Gestaltungssatzungen individuell für jeden Ortsteil zu machen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der FWG-Stadtratsfraktion, keine Einschränkungen für Solaranlagen in den Gestaltungssatzungen für die Ortsteile zu machen, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Antrag der DIE LINKE-Stadtratsfraktion; Einsatz von Bodenschwellen in der Königstraße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion vom 22. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Stock begründete den Antrag. Es gehe um lärm- und geschwindigkeitsreduzierende Schwellen. Insofern gehe es darum zu prüfen, in wie weit dies verkehrsberuhigend wirken könnte.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion zum Einsatz von Bodenschwellen in der Königstraße wird in den Mobilitätsausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Flächennutzungsplan 2030; Herausnahme Ost-Ortsumfahrung Arzheim

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 9. Dezember 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Prof. Kopf begründete den Antrag. Die Ostumfahrung Arzheim sei als Option im Flächennutzungsplan aufgeführt. Nach seiner Auffassung sei eine Entlastungswirkung dieser Ostumfahrung für die Innenstadt nicht nachgewiesen. Auch der Ortsbeirat Arzheim sehe dies sehr kritisch. Man wisse auch nicht, wie in ein paar Jahren die Mobilität aussehe. Hinzu komme, dass die Straße sicher nicht zum Nulltarif zu haben sei. Deswegen sollte man diese Option aus dem Flächennutzungsplan herausnehmen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man im Moment verschiedene Stellungnahmen zum Flächennutzungsplan aus den Ortsteilen sammle. Er empfehle, den Antrag im Bauausschuss dann mit zu beraten.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass man die Bedenken aus Arzheim ernst nehmen müsse. Die FWG sehe diese mögliche Straße ebenfalls kritisch.

Ratsmitglied Dr. Migl fand dies eine sehr begrüßenswerte Initiative.

Ratsmitglied Baur unterstrich, dass eine Ortsumgehung Arzheim für die Grünen nicht in Frage komme. Es sei absurd, Autoverkehr durch Autoverkehr ersetzen zu wollen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, die Ost-Ortsumfahrung Arzheim aus dem Flächennutzungsplan 2030 herauszunehmen, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Diskussionsveranstaltung zur Königstraße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10. Dezember 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Bei einem Gespräch mit den Geschäftsleuten der Königstraße sei ihnen vermittelt worden, dass wohl keine Kommunikation stattfinde.

Beigeordneter Hartmann entgegnete, dass man sehr wohl in ständigen Gesprächen mit den Gewerbetreibenden sei. Der Bürgerbeteiligungsprozess zur Königstraße sei aus seiner Sicht nicht der erfolgreichste gewesen. Er bitte darum, den Zeitrahmen von acht Wochen für die Informationsveranstaltung aus dem Antrag zu streichen. Zuerst sollten die Gremien über die Pläne sprechen.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass es gar keine Frage sei, dass man mit den Bürgern im Gespräch sei. Jede Anfrage, die ihn erreicht habe, habe er auch beantwortet.

Der Vorsitzende betonte, dass man die Bürgerbeteiligung ohnehin durchführen werde. Ob dies nun in 8 oder 9 Wochen sei, könne man jetzt noch nicht sagen.

Ratsmitglied Maier entgegnete, dass man nicht erst nach einer Vorberatung in die Bürgerbeteiligung gehen dürfe, sondern bereits mit den Plänen. Da die Verwaltung dies offenbar anders wolle, gebe er zu Protokoll, dass der Oberbürgermeister sich offenbar vor Gesprächen mit Bürgern drücke.

Ratsmitglied Schwarzmüller hielt es für wichtig, vor der Beschlusslage die Gespräche zu führen.

Ratsmitglied Gies unterstützte die Aussagen von Frau Schwarzmüller. Es sei absolut wichtig, die Bürger vor der Beschlussfassung zu befragen. Die AfD-Stadtratsfraktion unterstützte den Antrag der SPD.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass eine frühzeitige Bürgerbeteiligung geboten sei.

Der Vorsitzende stellte klar, dass man bereits eine Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt habe. Die Verwaltung erarbeite jetzt einen ersten Vorschlag, für den man gerne ein Votum der Ausschüsse hätte. Damit gehe man dann in die Öffentlichkeit und wird es in einer Bürgerinformationsveranstaltung diskutieren. Danach erfolge dann die endgültige Beschlussfassung.

Der Stadtrat lehnte mit 19 Ja-, 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, innerhalb der nächsten 8 Wochen öffentliche Versammlung mit den Anwohnern und Geschäftsinhabern der Königstraße durchzuführen, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Hubert Lehmann

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 15. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Herrn Hubert Lehmann in Anerkennung seiner Verdienste im kommunalpolitischen und kulturellen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz zu verleihen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Udo Vogel

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 18. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Herrn Udo Vogel in Anerkennung seiner Verdienste im sozialen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz zu verleihen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Barbara Kleinschmidt

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 14. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Frau Barbara Kleinschmidt in Anerkennung ihrer Verdienste im kulturellen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz zu verleihen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Mark Lugenbühl

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 27. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Herrn Mark Lugenbühl in Anerkennung seiner Verdienste im Bereich des Sports die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz zu verleihen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Wahl der weiteren Mitglieder des Beirates für Migration und Integration

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 5. Dezember 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er teilte mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion als Vertreter von Frau Schwarzmüller anstelle von Herrn Schowalter Herr Hans-Peter Thiel nominiert hat.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt auf Vorschlag der Stadtratsfraktionen folgende weiteren Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder in den Beirat für Migration und Integration:

1. **Herrn Georg Schmalz (CDU)**
Vertreter : Dr. Andres Hülsenbeck (CDU)
2. **Frau Hannah Trippner, (GRÜNE)**
Vertreter: Herr Christian Kolain (GRÜNE)
3. **Frau Sophia Maroc (GRÜNE)**
Vertreterin: Frau Lea Saßnowski (GRÜNE)
4. **Frau Magdalena Schwarzmüller (SPD)**
Vertreter: Herr Hans-Peter Thiel (SPD)



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 28. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier zu empfehlen, dem Verwaltungsrat der Bundesagentur ab 1. Januar 2020

Herrn Bürgermeister Dr. Maximilian Ingenthron, Marktstraße 50, 76829 Landau in der Pfalz

zur Berufung als Mitglied in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Landau für den Rest der 13. Amtsperiode bis zum 30. Juni 2022 vorzuschlagen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 12. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Betriebsantrag für das Haushaltsjahr 2020 in der vom Forstamt vorgelegten Form.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)

Stadtwald; Änderung der Revierstruktur

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 12. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Auskunft, ob es durch die Änderung der Revierstruktur zu Entlassungen komme.

Beigeordneter Hartmann erläuterte, dass es um Mehrunterstützung für den Revierförster gehe. Es werde daher umstrukturiert.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

der Änderung der Revierstruktur des Stadtwaldes, möglichst zum 1. Januar 2020, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

Stadtwald; Anwendung des BAT-Konzeptes

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 14. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Anwendung des Konzeptes zum Umgang mit Biotopbäumen, Altbäumen und Totholz (BAT-Konzept) im Stadtwald Landau zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 28. (öffentlich)

Neufassung der Satzung des Vereins Volkshochschule Landau in der Pfalz e.V.

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 14. Oktober 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 29. (öffentlich)

Neubau eines Kunstrasenfeldes und der Freianlagen am Sportzentrum West

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 28. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) den Auftrag für die Sportplatzbauarbeiten und Landschaftsbauarbeiten an die Firma Becker GmbH, Im Rohrbusch 5, 74939 Zuzenhausen zu den Preisen ihres Angebotes vom 29.10.2019 bei Los 1 in Höhe von 504.038,78 € und
- b) den Auftrag für die Elastische Tragschicht und den Kunstrasen an die Firma Edel Grass B.V., Fabrieksstraat 13, NL-8280 Genemuiden zu den Preisen ihres Angebotes vom 22.10.2019 bei Los 2 in Höhe von 229.915,49 € zu vergeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 30. (öffentlich)

Aktionsplan Stadt Landau in der Pfalz 2020-2024 nach UN-Behindertenrechtskonvention

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 4. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er wies weiter auf den Ergänzungsantrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 16. Dezember 2019 hin.

Ratsmitglied Kleemann erklärte, dass es sich grundsätzlich um einen guten Entwurf handle. Allerdings wolle man als Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion noch drei Sachen ergänzen. So fehle zum einen ein Hinweis auf das Bundesteilhabegesetz. Man hätte auch gerne die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) erwähnt. Wichtig sei, das Ziel des barrierefreien Umbaus eines Landauer Gymnasiums aufzunehmen. Denn im Moment sei die freie Schulwahl keine Option für Menschen mit Behinderungen.

Der Vorsitzende erwiderte, dass er es merkwürdig finde sich jetzt am Spielfeldrand so aufzuführen, nachdem sich ehrenamtliche sehr lange damit beschäftigt hätten. Natürlich habe das Teilhabegesetz seine Bedeutung, auch wenn es nicht explizit erwähnt sei.

Ratsmitglied Kolain war irritiert, dass sich die Pfeffer und Salz-Fraktion in den zweieinhalb Jahren der Beratungen im Behindertenbeirat nicht beteiligt habe.

Bürgermeister Dr. Ingenthron wies daraufhin, dass es die gesetzlichen Verpflichtungen aus dem Bundesteilhabegesetz ohnehin gebe. Man habe die Dinge wie den barrierefreien Ausbau der Gymnasien auf dem Schirm.

Ratsmitglied Kleemann zeigte sich überrascht, warum der Antrag einen solchen Wirbel verursache.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass im Moment ja die Berufsbildende Schule saniert und durch Einbau eines Aufzugs barrierefrei werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. den vorliegenden „Aktionsplan Landau in der Pfalz 2020-2024“
2. Die Verwaltung wird beauftragt den Aktionsplan, in Zusammenarbeit mit den Beteiligten Stellen im Bereich Inklusion/Teilhabe für Menschen mit Behinderung umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 30.1. (öffentlich)

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Ergänzungsantrag zum Aktionsplan

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 16. Dezember 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 30 verwiesen.

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 2 Ja-, 34 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen:

den Ergänzungsantrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 31. (öffentlich)

Ausweisung des Sanierungsgebiets „Arzheim Ortskern“; Satzungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 4. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Für den in der Anlage 7 definierten Geltungsbereich wird der Bericht über die Vorbereitenden Untersuchungen für die förmliche Festlegung des städtebaulichen Sanierungsgebietes „Arzheim Ortskern“ zur Kenntnis genommen (Anlage 1 – Anlage 3).
2. Die Stellungnahmen, die im Rahmen der Betroffenenbeteiligung (Anlage 4) gem. § 137 BauGB und im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Aufgabenträger (Anlage 5) vorgebracht wurden, werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung (Oktober 2019) abgewogen.
3. Für den in der Anlage 6.2 definierten Geltungsbereich wird die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Arzheim Ortskern“ als Satzung (Sanierungssatzung, Anlage 6.1 und Anlage 6.2) gem. § 142 Abs. 3 BauGB beschlossen. Für die Durchführung der Sanierungsmaßnahme wird gemäß § 142 Abs. 3 Satz 3 eine Frist von 15 Jahren beschlossen.
4. Für den in der Anlage 7 (Räumlicher Geltungsbereich der Vorbereitenden Untersuchungen) definierten Geltungsbereich wird der Beschluss vom 24. April 2018 über die Einleitung der Vorbereitenden Untersuchungen mit Wirkung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Sanierungssatzung aufgehoben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 32. (öffentlich)

**Bebauungsplan „C 40, Eichbornstraße / Ecke Hans-Boner-Straße“;
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja- und 12 Nein-Stimmen:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau, westlich der Eichbornstraße wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan „C 40, Eichbornstraße / Ecke Hans-Boner-Straße“ aufgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes „C 40, Eichbornstraße / Ecke Hans-Boner-Straße “ ortsüblich bekannt zu machen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 33. (öffentlich)

**Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans
„C 40, Eichbornstraße / Ecke Hans-Boner-Straße“ der Stadt Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja- und 12 Nein-Stimmen:

3. Für das Gebiet der Gemarkung Landau, westlich der Eichbornstraße wird eine Veränderungssperre gem. § 14 Abs. 1 i. V. m. § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung der Veränderungssperre ortsüblich bekannt zu machen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 34. (öffentlich)

**Baulandstrategie und Innenentwicklung;
Ergebnisse der Baulückenabfrage im Stadtgebiet und Anwendung von
Innenentwicklungsinstrumenten**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Dezember 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig.

1. Der Schwerpunkt der Innenentwicklung soll weiterhin auf der Aktivierung größerer zusammenhängender Flächenpotenziale im Stadtgebiet und den Stadtdörfern liegen.
2. Die Aussprache von Baugeboten gegenüber Eigentümerinnen und Eigentümern von Baulücken wird zurückgestellt.
3. Bauwillige Eigentümer von Baulücken werden weiterhin mit hoher Priorität beraten und von der Verwaltung bei der baulichen Nutzung von Baulücken und der Beseitigung von Leerständen intensiv unterstützt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 35. (öffentlich)

Vergabe Jahreszeitvertrag Instandhaltungsarbeiten an öffentlichen Verkehrsflächen (Los 1) und Wirtschaftswegen (Los 2)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Dezember 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Instandhaltungsarbeiten an öffentlichen Verkehrsflächen (Los 1) in Landau in der Pfalz, ist der Firma Simsek Bau, Herxheim, zu den Preisen ihres Angebotes vom 09.11.2019, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 448.489,03 EUR abschließt, zu erteilen. Der Auftrag zur Ausführung der Instandhaltungsarbeiten an Wirtschaftswegen (Los 2) in Landau in der Pfalz, ist der Firma Baab Tief- und Straßenbau GmbH & Co. KG, Neustadt, zu den Preisen ihres Angebotes vom 07.11.2019, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 223.658,23 EUR abschließt, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 36. (öffentlich)

Vergabe von Instandsetzungsarbeiten an städtischen Wirtschaftswegen:

1. Verbesserung der Radwege (20/2019 VOB 660) und 2. Schotterarbeiten am Queichtalradweg (21/2019 VOB 660)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 12. Dezember 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Der Auftrag zur Ausführung der Instandsetzungsarbeiten zur Verbesserung der Radwege in Landau in der Pfalz (Los 1 und Los 2), ist der Firma Gerst & Juchem Asphaltbau GmbH, Edenkoben, zu den Preisen ihres Angebotes vom 20.11.2019, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer und abzüglich 1,50 % Preisnachlass in Höhe von 87.194,44 EUR abschließt, zu erteilen.**
- 2. Der Auftrag zur Ausführung der Instandsetzungsarbeiten für Schotterarbeiten am Queichtalradweg in Landau in der Pfalz, ist der Firma Thomas Bau GmbH, Simmern, zu den Preisen ihres Angebotes vom 20.11.2019, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 46.609,75 EUR abschließt, zu erteilen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 37. (öffentlich)

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Jahresabschluss 2018

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 18. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man werde im Laufe der Wahlperiode über die künftige Struktur reden müssen

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Gesellschafterversammlung der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zu empfehlen,

1.) den Jahresabschluss 2018 der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit einer Bilanzsumme von 23.095.162,27 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 293.262,54 EUR festzustellen.

2.) den Jahresüberschuss in Höhe von 293.262,54 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 38. (öffentlich)

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2018

Oberbürgermeister Hirsch, beigeordneter Hartmann sowie die Ratsmitglieder Ralf Eggers, Jürgen Doll, Petr Lerch, Susanne Höhlinger, Prof. Dr. Hannes Kopf und Dr. Hans-Jürgen Blinn waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Bürgermeister Dr. Ingenthron.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 18. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Gesellschafterversammlung der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zu empfehlen, den Geschäftsführern Herrn Thomas Hirsch und Herrn Martin Messemer sowie dem Aufsichtsrat der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 39. (öffentlich)

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Wirtschaftsplan 2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 19. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. In diesem Wirtschaftsplan sei keine Dividende der Energie Südwest eingepreist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der **Gesellschafterversammlung** zu empfehlen, den **Wirtschaftsplan 2020** für die **Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH** mit folgenden Ansätzen festzulegen:

1. Erfolgsplan	T€	T€
Summe der Erträge		
- Betriebserträge	3.391	
- Aufl. SoPo's	98	
- sonstiger Ertrag (Zuschuss GML)	100	
- sonstiger Ertrag (Ausgleichszahlung gemäß § 3 des öffentlichen Betrauungsaktes vom 16.11.2015)	299	
- sonstiger Ertrag (ZZV)	0	
- Ergebnisübernahme	<u>1</u>	3.889
Summe der Aufwendungen		
- Betriebsaufwand	6.927	
- Finanzaufwand	<u>3</u>	6.930
Gesamtergebnis 2020	T€	-3.041

2. Vermögensplan 2020

Summe der Einnahmen	3.831
Summe der Ausgaben	3.831

3. Stellenübersicht

	2020	2019	30.06.19
Geschäftsführer	1,05	1,05	1,05
Beschäftigte	61,96	58,46	53,68
Gesamt	<u>63,01</u>	<u>59,51</u>	<u>54,73</u>
Nachrichtlich:			
Azubis/BA-Studenten	7,00	6,00	4,00
Aushilfsbeschäftigte	0,00	0,00	0,00



4. Anlagen zum Wirtschaftsplan (§ 16 II EigVO RHP)

4.1 a) Betriebsmittelkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.500 T€ festgelegt.

4.1 b) Kreditbedarf

entsprechend Vermögensplan 2020	T€	3.223 ***
---------------------------------	----	-----------

*** rechnerischer Wert, ohne Zuflüsse aus Beteiligungen.

Im Bedarfsfall ist eine entsprechende Kreditermächtigung durch den Aufsichtsrat zu erteilen.

4.2 Finanzplan 2021 – 2025

Im Bereich der Beteiligung ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass von Seiten der EnergieSüdwest AG noch keine Dividende in das Planergebnis eingeflossen ist. Es sollte damit gerechnet werden, dass im Planungsjahr 2020 der Zufluss aus der Beteiligung an der EnergieSüdwest AG das durch die operativen Verluste generierte Defizit der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH nicht ausgleichen kann. Handelsrechtlich wird es durch eine Verrechnung mit den bisher aufgebauten Gewinnvorträgen weiterhin möglich sein, ein positives Bilanzergebnis auszuweisen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 40. (öffentlich)

Beschluss Jahresabschluss EWL 2018 und Entlastung Vorstand

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 14. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2018 wie folgt festzustellen: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 94.026.705,02 € und den Jahresverlust mit 96.728,71 €, der sich aus folgenden Einzelergebnissen der Betriebszweige zusammensetzt:

Abwasserbeseitigung mit	373.336,29 €
Abfallentsorgung mit	-353.805,49 €
Bauhof mit	-39.149,75 €
Straßenreinigung mit	-86.203,18 €
Service	9.093,42 €

- b) beschließt die Behandlung der Abschlussergebnisse wie folgt:

Der Jahresgewinn der Betriebszweige Abwasserbeseitigung und Service wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Der Jahresverlust des Betriebszweiges Abfallentsorgung wird wie folgt behandelt:

- Ein Anteil aus den steuerlichen Korrekturbeträgen in Höhe von 128.877,46 € (gemäß Betriebsprüfung für den Betrieb gewerblicher Art Papiersammlung) wird mit den allgemeinen Rücklagen verrechnet.
- Der restliche Anteil in Höhe von 224.928,03 € wird dem Verlustvortragskonto zugewiesen.

Der Jahresverlust der Betriebszweige Bauhof und Straßenreinigung wird mit der allgemeinen Rücklage verrechnet.

- c) beschließt gemäß § 7 Abs. 2 Ziffer h der Satzung die Entlastung des gesamten Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2018.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 41. (öffentlich)

Anpassung der Stundenverrechnungssätze im Betriebszweig Bauhof des EWL

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 13. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Anpassung der Stunden-Verrechnungssätze ab dem 01.01.2020:

für eine Fachkraft von	49,72 €	auf	49,84 €,
für einen Helfer von	44,68 €	auf	44,80 €.

Die Vergütung für die Stadtteilmitarbeiter erfolgt nach den Stundensätzen für Fachkräfte und Helfer.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 42. (öffentlich)

Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des EWL

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 18. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Erhöhung der Schmutzwassergebühr von 1,42 €/cbm auf 1,48 €/cbm und der Erhöhung der Niederschlagswassergebühr von 0,46 €/qm auf 0,50 €/qm entsprechend dem als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 43. (öffentlich)

Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 27. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man habe hier ein hohes Defizit auszugleichen.

Ratsmitglied Dr. Sögding bat um Klarstellung im Protokoll, dass die Anlieferung von Grünabfällen gebührenfrei sei.

Herr Eck betonte, dass dies schon immer in der Satzung gewesen sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau – AÖR - über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 44. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2020 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 14. November 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau für das Jahr 2020 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung mit den folgenden Zahlen:

Erfolgsplan

Erträge 21.797.000,-- €
Aufwendungen 22.019.000,-- €

Vermögensplan

Einnahmen 8.353.000,-- €
Ausgaben 8.353.000,-- €

Der Gesamtbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 150.000,-- €



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 45. (öffentlich)

Verschiedenes

Bürgermeister Dr. Ingenthron lud zur Informationsfahrt zum Müllheizkraftwerk Pirmasens am 10. Januar 2020 ein.

Ratsmitglied Maier erkundigte sich nach dem Sachstand der beiden Anträge zu Bürgerbüros in den Stadtteilen bzw. zur Herausstellung des Deutschen Tores.

Der Vorsitzende sicherte eine schriftliche Antwort zu.



Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 17.12.2019 umfasst 68 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 736.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Alexander Grassmann
Beigeordneter